



NEUDRUCK

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz

27. Sitzung (öffentlich)

19. Juni 2019

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 19:05 Uhr

Vorsitz: Dr. Patricia Peill (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

- | | |
|---|-----------|
| Vor Eintritt in die Tagesordnung | 7 |
| 1 Umweltverträgliche Zusammensetzung und Entsorgung von Reitböden in NRW sicherstellen! | 8 |
| Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4793
– Anhörung von Sachverständigen (s. <i>Anlage</i>) | |
| 2 Aktuelle Viertelstunde | 28 |
| Urteil des Bundesverwaltungsgerichts über das Töten männlicher Küken
Bitte der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um Stellungnahme

An den Bericht der Ministerin Ursula Heinen-Esser (MULNV)
schließt sich eine Aussprache an. | |

3 Hitzebelastung senken sichert Lebensqualität in NRW 35

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/3015

Ausschussprotokoll 17/589

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der SPD-Fraktion **Drucksache 17/3015** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

4 Tierschutz beachten – besseren Brandschutz in Stallanlagen entwickeln und umsetzen! 45

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/4108

Ausschussprotokoll 17/562

Der **Ausschuss lehnt** den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 17/4108** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

5 Gesetz zur Anpassung der Abgabefreiheit bei Einleitung von verschmutztem Niederschlagswasser 49

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5345

Änderungsantrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6131

Der **Ausschuss stimmt dem Änderungsantrag** der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **Drucksache 17/6131** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

Der **Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf** der Landesregierung **Drucksache 17/5345** in der **geänderten Fassung** mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

- 6 Subventionen gezuckerter Milchprodukte stoppen – Das Schulmilchprogramm muss neu konzipiert werden und die Gesundheit unserer Kinder in den Fokus rücken. 53**

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/5360

Der **Ausschuss lehnt den Antrag** der AfD-Fraktion **Drucksache 17/5360** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen Stimmen der AfD-Fraktion **ab**.

- 7 Nordrhein-Westfalen als Energie- und Industrieland Nummer 1 stärken, Endverbraucherpreise stabilisieren – Mit der Energieversorgungsstrategie für saubere, zuverlässige und bezahlbare Energie sorgen 58**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/5636

Die Beratung wird verschoben, da noch eine Anhörung stattfinden wird.

- 8 Verbraucherschutz für Geflüchtete stärken und weiter ausbauen 59**

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/5622

Der **Ausschuss gibt kein Votum** zu dem **Antrag** der SPD-Fraktion Drucksache 17/5622 **ab**.

9 Landesregierung muss Windenergieausbau durch echte Akzeptanz-offensive ermöglichen **60**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/5616

Die Beratung wird verschoben. Im September findet eine Anhörung statt.

10 Vielfalt der Nahmobilität in Nordrhein-Westfalen nutzen – Infrastruktur ausbauen, Rahmenbedingungen verbessern und die Intermodalität stärken **61**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/6246

Der **Ausschuss stimmt** dem **Antrag** der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion **Drucksache 17/6246** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und AfD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **zu**.

11 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen **64**

Vorlage 17/1831
Drucksache 17/5403

Änderungsantrag
der AfD-Fraktion
Drucksache 17/6464

Der **Ausschuss lehnt** den **Änderungsantrag** der AfD-Fraktion **Drucksache 17/6464** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **ab**.

Der **Ausschuss stimmt** der **Verordnung Vorlage 17/1831** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zu**.

- 12 Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über die Umsetzung des Naturschutzes in NRW?** 73
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2181
- Aussprache
- 13 Was unternimmt die Landesregierung, um die Bottroper Bevölkerung vor Gesundheitsschäden durch Benzo[a]pyren zu schützen** 75
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2178
- Aussprache
- 14 Wie schützt die Landesregierung die Kommunen vor der Insolvenz eines dualen Systems?** 77
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2180
- Aussprache
- 15 Wird die Landesregierung Tiertransporte in Drittstaaten verbieten?** 78
- Bericht der Landesregierung
Vorlage 17/2179
- Diskussion

11 Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Landesentwicklungsplan Nordrhein-WestfalenVorlage 17/1831
Drucksache 17/5403Änderungsantrag
der AfD-Fraktion
Drucksache 17/6464

Vorsitzende Dr. Patricia Peill merkt an, die Verordnung sei vorbehaltlich der Zustimmung des Landestags auszufertigen. Federführend sei der Wirtschaftsausschuss, mitberatend der Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen sowie der Umweltausschuss. Sie verweise auf den vorliegenden Änderungsantrag der AfD-Fraktion Drucksache 17/6464.

Dr. Christian Untrieser (CDU) führt aus, gerade sei schon versucht worden, das Haar in der Suppe bei dem Antrag zu suchen. Das werde sicherlich bei dieser Verordnung auch wieder Fall sein. Aus Sicht von CDU und FDP sei der Landesentwicklungsplan die richtige Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialen und ökonomischen Aspekten. Er wahre Maß und Mitte. Er werde sich auf die Aspekte beschränken, die der Umweltausschuss behandle. Die anderen Aspekte würden in den anderen Ausschüssen diskutiert.

Vor allem gehe es um mehr Freiheit, Flexibilität vor allem für die Orte unter 2.000 Einwohnern. Es sei sehr wichtig, dass man wieder mehr Vertrauen und Freiheit in den ländlichen Raum gebe. Das sei in der Vergangenheit nicht der Fall gewesen. Es sei notwendig und auch sachgerecht. Er habe gelernt, bei der SPD sei es mit der kommunalen Hoheit nicht so weit her. Die CDU sei überzeugt, dass auch in den kleineren Orten mit unter 2.000 Leuten genug Leute lebten, die entscheiden könnten, ob sich der Ort weiterentwickeln solle, ob man einen Sportplatz baue, ob man eine Schule baue, ob man höher baue, ob man in die Fläche gehe, auch unter dem Gesichtspunkt, was das für die Mieten bedeute, was das für das Stadtklima bedeute. Es sei sehr wichtig, dass diese Regelungen wieder eingeführt worden seien, dass man mehr Vertrauen vor allem in den ländlichen Raum und die Menschen, die dort wohnten, habe.

Der Redner kommt auf den sogenannten 5-ha-Grundsatz zu sprechen. Es werde sicherlich wieder kritisiert, dass das jetzt abgeschafft werde. Insbesondere habe Frau Dr. Grotefels, die nicht in allen Dingen gewogen sei, in der Anhörung dargelegt, dass es reine Symbolpolitik gewesen sei, den 5-ha-Grundsatz hineinzuschreiben, und dass es Rechtslage und Wille sei, ordentlich und restriktiv mit der frei verfügbaren Fläche umzugehen. Dadurch, dass der 5-ha-Grundsatz aus dem LEP herausgenommen werde, werde sich daran nichts ändern. Man stehe trotzdem dazu, dass man in der Fläche nicht alles bebauen könne, sondern man schaue, dass man mit dem vorhandenen Raum vernünftig umgehe.

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
27. Sitzung (öffentlich)

19.06.2019
sd-beh

Jetzt sage die Opposition, das sei schlimm, dass man die Axt wieder an die Bebauung lege, so sei das nicht der Fall. Der 5-ha-Grundsatz werde zwar gestrichen, aber insgesamt sei es so, dass man das für reine Symbolpolitik gehalten habe und es deswegen wieder in die richtige Bahn schiebe.

Photovoltaik, Bioenergie und Netzausbau seien alles wichtige Dinge für die Energiewende. In der Sachverständigenanhörung habe man gehört, dass man da auf dem richtigen Weg sei. Richtige Aspekte seien in den Landesentwicklungsplan hineingeschrieben worden. Insgesamt sei es ein sehr guter Entwurf, ein sehr guter Landesentwicklungsplan. Er werbe um Zustimmung, um den LEP demnächst im Plenum zu verabschieden.

André Stinka (SPD) betont, nun könne man tatsächlich mehrere Haare in der Suppe bei dieser Planung finden. Nachdem die CDU ihre Entfesselungspolitik damit begründe, dass die wirtschaftliche Lage mit Abschaffung der Hygieneampel besser werde, komme jetzt der nächste Fall, der sogenannte LEP werde enorme Entfesselungsbeiträge zahlen.

Er erinnere an die Konferenz zum Thema Artenschutz vor einigen Wochen. Dr. von Hirschhausen sei auch eingeladen gewesen. Er habe auf dem Podium gesagt, die Ministerin werde wissen, wen sie da einlade. Wenn man die Forderungen in Bezug auf Umwelt und Klimaschutz ernst nehme, dann müsse es doch klar, dass die Aufgabe des 5-ha-Ziels als politisches Zeichen momentan völlig falsch sei und die Darstellung von Dr. Untrierer absolut daneben liege.

Der Grundsatz beruhe auch auf dem 30-ha-Ziel der Bundesregierung. Der Staatssekretär habe im Wirtschaftsausschuss gesagt, dass man über dieses 30-ha-Ziel nachdenken müsse, wie Nordrhein-Westfalen bei der Flächenverteilung insgesamt zurechtkomme. Da seien in der SPD-Fraktion alle Alarmsignale angegangen. Es heiße, man mache das dann ordentlich. Seine Oma backe auch ordentlich Kuchen. Es sei kein Grundsatz in der Landesplanung, man mache das ordentlich. Jeder mache doch seinen Garten und den Kuchen ordentlich. Das sei keine Rechtsfolge. Es sei relativ dünnes Eis, auf dem sich die CDU bewege.

Wenn man montags eine Artenschutzkonferenz mache, die gut besucht gewesen sei, und sich dafür ausspreche, dass Flächen nicht versiegelt würden, dass man ordentlich mit Flächen umgehen müsse, und mittwochs im Wirtschaftsausschuss oder heute laroyant sage, da habe man ein Haar in der Suppe gefunden, man streiche das 5-ha-Ziel, da sei man auf dem Holzweg. Das sei politisch falsch. Das werde seine Fraktion nach wie vor ins Land tragen, das gehöre zu ihrer Aufgabe. Das gehe nicht. Er belege das auch mit einem Zitat aus einer Rede von Herrn Uhlenberg, die er im Jahr 2008 in Bonn gehalten habe, in der er den Freiraumschutz nach vorne getragen habe, wo in dem Bericht zur Stärkung der Freiraumplanung Nordrhein-Westfalen dem Kabinett aufgegeben worden sei, Ziele für die Landesplanung zu entwickeln, damit der Flächenschutz eingehalten werde. Diese Ziele seien höher anzusetzen als das 5-ha-Ziel, das im Grundsatz enthalten gewesen sei. Das sei keine Petitesse. Man müsse sich in einer Zeit entscheiden, in der zugegebenermaßen der Druck auf Flächen immer größer

werde – das wüssten die Landwirte, die Preise stiegen nicht umsonst, der Druck in Kommunen steige, wenn es um Wohnungsbau gehe. Die Flächennutzung müsse gemeinsam unter einen Hut gebracht werden müssten. In dieser Zeit, das 5-ha-Ziel zu streichen, sei die Politik, die CDU und FDP vertreten würden. Er halte das für völlig falsch und unangebracht.

Zum Thema Energieversorgungsstrategie: Man merke, dass in Zeiten der Debatte um Klimaschutz, um erneuerbare Energien das Zeichen, das auch durch den LEP gesetzt werde, für die Kommunen Rechtsunsicherheit bedeute. Wenn einem an einer kommunale Verwaltung gelegen sei, dann würde er die Kommunen nicht so im Regen stehen lassen, wie man das mit dem Windkrafterlass tue, mit dem sogenannten 1.500 m unbeschriebenen Rechtsbegriff. Diese Regelung, die da im LEP getroffen werde, lehne seine Fraktion ab. Das mache deutlich, dass zwischen Sonntags- oder Montagsreden – man wolle den Klimaschutz, man wolle Erneuerbare – und dem tatsächlichen Handeln solche Lücken aufträten. Das werde die SPD-Fraktion deutlich ins Land tragen. Diese Regelung halte er für falsch.

Im Bereich des Waldes habe man starke Verbündete, die sich weiter für die Nutzung von Windkraft im Wald einsetzten. Freiherr von Heeremann, der sicher der SPD nicht nahe stehe, äußere sich dazu. Er unterstütze in diesem Sinne auch diejenigen, die Wind im Wald organisieren wollten, gerade vor dem Hintergrund der Borkenkäferkalamitäten. Diese Regelung lehne seine Fraktion ab, halte sie nicht für zweckmäßig und nicht für zielführend, um das Land im Bereich von Klimaschutz und Flächensparen nach vorne zu bringen.

Norwich Rüße (GRÜNE) meint, seitdem CDU und FDP angefangen hätten, von Entfesselung zu reden, seien sie mittlerweile von den Ereignissen überholt worden, die gekommen seien. Er meine die Entwicklung im Bereich Natur und Artenvielfalt. Kollege Stinka habe es angesprochen. Die Konferenz, die die Ministerin gemacht habe, sei eine gute Konferenz. Sie habe auch klare Handlungsaufträge am Ende vergeben. Es sei einhelliger Tenor der Beteiligten gewesen, dass es nicht mehr reiche, auf den Blühstreifen zu setzen, sondern dass man viel stärker in die Fläche müsse. Das sei ein entscheidender Punkt, den der LEP regele: wieviel Fläche verbraucht werden dürfe.

Jetzt rede man seit vier, fünf Jahrzehnten darüber, dass dieser Planet ein Stück weit endlich sei, dass Fläche nicht vermehrbar sei, dass Ressourcen nicht vermehrbar seien. Er könne nicht erkennen, dass dieser LEP darauf Rücksicht nehme. Er mache genau das Gegenteil. Man öffne alles wieder. Damit werde man den Herausforderungen nicht gerecht.

Wenn gesagt werde, das 5-ha-Ziel sei nur ein Grundsatz gewesen: Aufgabe der Landesregierung wäre es, den Fehler, den man an der Stelle gemacht habe, angesichts der Weiterentwicklung jetzt ein 5-ha-Ziel festzulegen, jetzt zu sagen, man habe verstanden, man mache jetzt ernst, da, wo man nicht weit genug gegangen sei, gehe man jetzt einen Schritt weiter. Man mache genau das Gegenteil und verspreche draußen,

dass man den Flächenverbrauch minimieren werde durch eine Änderung in der Bundeskompensationsverordnung. Damit wolle man die Landwirte glücklich machen. Alle wüssten, dass das so nicht funktionieren werde.

Die nächsten Herausforderungen seien der Klimawandel, der Klimaschutz, die Frage des Ausbaus der erneuerbaren Energien. Jetzt könne man sich streiten, ob man mit Windkraft in den Wald wolle, wie man das mache. Wenn man so eine widersinnige Abstandsregelung da hineinbaue, das wieder nur eine Verhinderungsregelung sei und nichts anderes, dann helfe das nicht weiter. Wer an so einem Windpark wohne, der wisse, dass diese Regelung Blödsinn sei. Keiner brauche sie an der Stelle so. Die alte Regelung reiche völlig aus. Energiepolitisch sei auch die FDP immer noch auf einem anderen Pfad unterwegs.

Ein Punkt, der mit der Frage Naturschutz und Artenvielfalt zusammenhänge: Er hätte erwartet, dass CDU und die FDP an der Stelle auch noch einmal die Frage Nationalpark Senne anders diskutieren würden, als es in diesem LEP jetzt getan werde. Er frage, wie man dieses große Ziel des Landes Nordrhein-Westfalen so schändlich aufgeben könne. Das verstehe er überhaupt nicht. Da hätte man langfristig das Potenzial, wann auch immer man das konkret umsetzen könne. Das werde sich zeigen. Das einfach so zu kippen, verstehe er nicht. Die Frage Ressourcenverbrauch habe er angesprochen.

Da gehe es auch um den Kies. Wer sich die Region angeguckt habe, die sei jetzt schon überlastet. Dann würden die Schleusen weiter aufgemacht. Dieser LEP sei getragen von einer Politik der 80er-Jahre, was man da an Änderungen reinbringe. Er hätte sich gewünscht, man würde es weiterentwickeln. Dass jede Regierung ihre eigene Duftmarke setze, könne er verstehen. Aber was hier gemacht werde, sei ein Feldzug gegen Natur, gegen Artenvielfalt, gegen die Landwirtschaft. Sie habe sich auch massiv dagegen ausgesprochen, dass der Flächenverbrauch wieder angeheizt werde. Diese Änderungen lehne seine Fraktion ab. Sie werde auch noch Änderungsanträge zum LEP stellen.

Markus Diekhoff (FDP) führt aus, die Anhörung zu dem neuen Landesentwicklungsplan habe eindeutig gezeigt, dass sehr viele Experten den Vorschlägen zustimmen würden. Es gebe viele neuen Möglichkeiten, sich zu entwickeln, viele neuen Chancen, gerade für den ländlichen Raum, der vorher massiv beschnitten worden sei.

Ein Landesentwicklungsplan regule nicht alles. Wenn man die Problematiken auf der Artenschutzkonferenz anspreche, die würden alle wahrnehmen. Niemand habe gesagt, dass man den Flächenverbrauch anheize. Man mache nur unnötige Schranken weg, sei aber bemüht, dafür an anderer Stelle zu gucken, wie man damit umgehe, wie man einspare. Oft seien vernünftige Strategien besser als einfache Verbote. Aber auch das müsse später in der Landschaftsplanung passieren. Das, was auf der Artenschutzkonferenz angesprochen worden sei, könne man mit einem LEP in dem Sinne gar nicht regeln. Da gehe es um ganz andere Punkte. Die seien noch machbar. Da versperre man sich nicht.

Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
27. Sitzung (öffentlich)

19.06.2019
sd-beh

Wenn man Kies anspreche, mache man es möglich, dass auch Rohstoffe weiterhin zur Verfügung stünden. Er habe am Vortage gehört, man wolle 100.000 Wohnungen bauen. Er frage womit, mit Sand.

(Zuruf: Mit Recyclingstoffen!)

Wenn dann Recyclingstoffe wie bei Reitböden zur Verfügung gestellt würden, dann sei das auch wieder falsch. Das drehe sich alles im Kreis, das sei lächerlich. Natürlich brauche man dringend Rohstoffe. Da müsse man eine verlässliche Politik machen, da könne man nicht einfach aussteigen. Eine Kiesausstiegsstrategie lehne er ab. Es sei wichtig, der Rohstoffindustrie in Nordrhein-Westfalen Möglichkeiten einzuräumen. Er freue sich, dass der Ausbau der Windenergie in vernünftige Bahnen gelenkt werde. Es gebe ein Bedürfnis in der Bevölkerung, neue Regeln zu bekommen, nicht so massive Bedrängungsgefühle durch Windenergieanlagen zu bekommen. Er persönlich empfinde es auch so.

Man müsse auch mit der Mär aufhören, dass da nichts passiere. Nordrhein-Westfalen stehe an zweiter Stelle mit den Windenergieanlagen in Deutschland, obwohl es das dicht besiedelste Bundesland in der Fläche sei. NRW sei auch beim Zuwachs führend. Gebaut seien 2019 in NRW nur drei Stück, aber auch in Schleswig-Holstein seien nur drei gebaut worden, in Baden-Württemberg null. Das gehöre auch zur Wahrheit. Bei der Genehmigung sei man mit 38 komplett an der Spitze, weit entfernt – Baden-Württemberg komme nur auf vier, Bayern sogar nur auf eins, das grüne Hessen auch nur auf eins. Da laufe weiterhin in Nordrhein-Westfalen sehr viel. Da sei man ganz weit vorne. Viel mehr bekomme man in einem so dicht besiedelten Land nicht hin. Wenn man weiterhin die Leute zur Akzeptanz der Windenergie bringen wolle, dann müsse man Regeln vorgeben. Das geschehe damit. Der Nationalpark sei nicht nur an der Koalition gescheitert, die Bevölkerung sei dagegen. Es könne nicht sein, dass man gegen die Bevölkerung in dem Moment handle und so weitreichende Beschränkungen mache. Er halte den LEP für ein großartiges Produkt.

Dr. Christian Blex (AfD) meint, der Landesentwicklungsplan zeige im Vergleich zu dem vorherigen Landesentwicklungsplan in die richtige Richtung. Das müsse man nüchtern festhalten. Allerdings springe man weiterhin über Stöckchen. Es gehe nicht darum, ob man das Dauerwohnen in Ferienanlagen erlaube. Ihm gehe es um die Energiepolitik. Weiterhin werde das Repowering erlaubt. Weiterhin werde erlaubt, dass solche großen Windkraftanlagen vergrößert würden.

Alles sei besser als vorher. Man traue sich immer noch nicht zu sagen, dass die Energiewende gescheitert sei. Sie werde nicht funktionieren. Dann könne man vielleicht den Beton aus den Fundamenten nehmen, die unten drin lägen. Das könnte man in Handarbeit abmeißeln. Das sei eine feine Sache. So gesehen habe man schon ein bisschen Beton herumliegen in deutschen Landschaften. In manchen Punkten gehe es in die richtige Richtung. In anderen Punkten bleibe man ideologieverhaftet. Er sei optimistisch, dass die physikalisch-technischen Realitäten die Regierungsfaktionen in der Zukunft eines Besseren belehren würden. Es sei ein kleiner Schritt in die richtige Richtung.

Dr. Ralf Nolten (CDU) führt aus, LEP und das 5-ha-Ziel sei die Kombination aus der Artenschutzkonferenz gewesen. Das könne man so machen, müsse man aber nicht. Es gebe ein Gegenstromprinzip. Spätestens mit dem Regionalplan habe man den Landschaftsrahmenplan. Der Landschaftsrahmenplan sei die fachliche Grundlage für den naturschutzfachlichen Bereich. Da würde er in der Diskussion ansetzen. Er sei leider nicht dabei gewesen, habe die Gelegenheit nicht gehabt. Unten habe man noch ganz andere Instrumente, wenn man das befördern wolle.

Wenn der Freiraum im Bereich der Landwirtschaft so wichtig sei, frage er, warum der im Dezember 2016 verabschiedete LEP nicht in der Landesplanung in Niedersachsen und Rheinland-Pfalz Vorranggebiete für die Gunststandorte in der Landwirtschaft ausgewiesen habe. Andere machten das. Das könne man im Rahmen der Änderung nicht mehr machen. Das gehe in die Grundzüge der Planung. Den Ball spiele er gerne zurück. Das hätte man ja machen können. Die Diskussion gebe es seit über zehn Jahren. Das sei eine Restkategorie, die Herr Rütze jetzt auf einmal ganz hochhalte. In der Kompensationsverordnung gehe es auch nicht nur darum, Landwirte glücklich zu machen. Eben sei bei der Hitze in den Großstädten diskutiert worden, dass man zum Beispiel auch darüber nachdenken müsse, wie man die Dachbegrünung eigentlich bewerte. Solange man den gängigen Schlüssel von Nohl/Valentin nehme, komme man bei der Dachbegrünung nicht weiter. Man sei im Rahmen der Bauleitplanung in der Lage, auch in der Abwägung andere Gewichtungen vorzunehmen und entsprechend umzusetzen. Das könne man machen, wenn einem das wichtig sei.

Zum Thema Sonntagsreden: Er habe im Augenblick zwei heftige Debatten zum Thema Windkraft. Beim einen gehe es um Repowering. Da würden 100 m hohe Anlagen durch 200 m hohe Anlagen in der entsprechenden Konzentrationszone ersetzt. Die SPD-Ratsfrau sei die erste gewesen, die an der Spitze der Bürgerinitiative gestanden habe. Im Kommunalausschuss sei Herr Rimmel schon der Meinung gewesen, er hätte alle eingeweiht. Das stimme nicht. Die Planungen würden wieder betrieben. Letzte Woche habe eine Bürgerversammlung stattgefunden. Keiner von den Grünen sei da gewesen, keiner von der SPD.

Wenn man hier fordere, aber unten nicht präsent sei, dann frage er sich tatsächlich, wer die Sonntagsreden hier halte. Man müsse gemeinsam von oben bis unten daran arbeiten, dass das komme. Wenn man einen Antrag stelle, die Akzeptanz für die Windkraftanlagen zu fördern, dann habe es diese Akzeptanz gegeben. Durch eine starke Reduzierung der Abstandsflächen habe man dieses Pfund verspielt. In der Anhörung werde man es noch sehen. Abstand sei nicht alles, aber es sei für die Bürger sehr viel. Vor Ort müsse man es dann auch anders leben. Es reiche nicht, auf der Landesebene zur Presse hin zu sagen, man sei für die Windkraftanlagen, und unten seien alle „in den Büschen“. Das gehe nicht.

Zum Kies, er habe es schon an anderer Stelle gesagt: Die Flächen seien ausgedehnt worden. Man müsse auch einmal den Planungszeitraum betrachten vom letzten LEP 1995, davor 1985, 1995 bis 2016 habe man über 20 Jahre. Bei den zunehmenden Nutzungskonflikten, die man habe, die man ausgleichen müsse, glaube doch niemand,

dass man alle zehn oder 15 Jahre einen neuen LEP aufstelle. Dann gehöre zur Ehrlichkeit, 20 Jahre reichten nicht. Man habe nur den Betrachtungshorizont vergrößert und habe trotzdem immer noch den Auftrag, genau zu prüfen, wie und wofür man die Flächen verfügbar mache. Die Debatte müsse man weiterführen, aber nicht so platt, wie sie gerade aufgezogen worden sei.

Rainer Deppe (CDU) meint, an die Grünen gewandt, sie müssten allmählich in der Wirklichkeit ankommen. Man könne Protestpartei spielen. Das Thema sei angesichts der Situation, in der sich die Grünen im Moment befänden, vorbei. Man könne nicht alle Unzufriedenheiten aufnehmen und dann sagen, man sei dagegen. Die Grünen forderten, die Leute müssten wohnen können, bezahlbaren Wohnraum haben. Vor Ort fänden die Debatten statt. Im Regionalrat werde man sie noch intensiver führen. Dann gehe es um Verdichtung im Innenbereich. Dann kämen die Grünen als Erstes und sagten, die letzte grüne Lunge solle auch noch zugebaut werden. Das gehe doch nicht.

Herr Groschek habe gesagt, alles, Dörfer in die Höhe zu bauen, könne nicht das Modell sein. Dagegen seien die Grünen doch sicher auch. Sie sagten, Hochhäuser gebe es jetzt genug. Irgendetwas müsse man machen, um die Leute unterzubringen. Der Regionalrat Köln habe die Verpflichtung, bis 2040 200.000 Menschen unterzubringen. Das bekomme man nicht mit dem 5-ha-Ziel, wenn man das auf den Regierungsbezirk runterbreche, geregelt. Man habe den Auftrag, für die abgehende Braunkohle Ersatzarbeitsplätze zu schaffen. Das bekomme man nicht mit dem 5-ha-Ziel geregelt, wenn man das auf den Regierungsbezirk runterbreche. Dann sei es vielleicht ein Hektar. Das werde nicht funktionieren.

Es werde beklagt, dass nicht genügend Verkehr auf die Schiene gebracht werde. Man brauche zusätzliche Gleise, dafür brauche man Flächen. Dafür würden auch wieder Ausgleichsflächen in Anspruch genommen. Man müsste darüber reden, ob die Regeln alle noch sachgerecht seien, wenn man über Flächenknappheit rede.

Er bitte, die Probleme zusammen zu sehen und nicht immer nicht nur ein Segment, den Ärger der Betroffenen aufzugreifen und dagegen zu sein. Herr Nolten habe Beispiele genannt, was zum Beispiel Windenergie angehe. Kollegen hätten erzählt, die Grünen seien als Erste da gewesen und hätten gesagt, sie seien für Windenergie, aber nicht an dieser Stelle. Das passe dann nicht. Dann heiße es, es solle mehr gebaut werden mit Recyclingbeton. Es seien auch Leute aus dem grünen Umfeld, die sagten, das sei schadstoffbelastet. Das sei nicht 100 %ig sicher. In den Kommunen seien es teilweise grüne Dezernenten, die Auflagen machten und sagten, dass kein Recyclingmaterial eingesetzt werden solle im Straßenbau oder im Wegebau. Es könnte ja grundwasserbelastend sein. Auf dem Kompromisswege müsse man das aushandeln. Dazu fordere er auf.

Er glaube, dass der LEP einen Kompromissweg vorzeichne, einen Weg, der Entwicklung im Lande ermögliche, aber auch nicht abwürge und trotzdem Ziele wie den sparsamen Umgang mit der Fläche nach wie vor aufrechterhalte.

Letzter Punkt, Artenschutz, Artenvielfalt: Dann bringe Herr Rüße das Beispiel Senne. Das sei das falsche Beispiel. In der vorletzten Wahlperiode sei das Thema ausführlich erörtert worden. Die Senne sei mit der Wahner Heide zusammen das wichtigste Naturschutzgebiet, was man in Nordrhein-Westfalen habe, mit der größten Artenvielfalt. Die müsse man erhalten. Darum gehe es. Das bekomme man mit dem Nationalpark nicht hin. Der Nationalpark gebe nämlich Prozessschutz vor. In der Konferenz habe man die Bilder gesehen, wie ehemalige Freiflächen, Brachflächen immer weiter verbuschen würden und letztlich irgendwann zu Wald in der natürlichen Sukzession würden. In der Senne müsse man eingreifen können, da müsse man der Natur weiter den Lebensraum verschaffen, der im Moment durch die militärische Tätigkeit geschaffen werde.

Man sollte mit den Biostationen vor Ort reden. Sie seien gegen den Nationalpark. Sie sagten, man brauche diese Flächen, um die Artenvielfalt zu erhalten. Deshalb sei das das falsche Beispiel. Davon sollte sich Herr Rüße verabschieden. Es sei ja eine schöne Nebelkerze, bringe dem Artenschutz gar nichts, sondern schade dem Artenschutz. Aus diesem Grund lehne er den Nationalpark ab. Er habe sich seit Jahren dagegen gewendet, weil er einseitig nur die natürliche Sukzession fördere und auf Kosten der Artenvielfalt gehen werde.

Norwich Rüße (GRÜNE) erinnert daran, dass es zum Nationalpark Senne auch ein Konzept gegeben habe. Die Fachleute, die das im Ministerium bearbeitet hätten, hätten sich überlegt, wie man die Flächen so einteilen könne, dass auf einem Teil Beweidung stattfinde mit Schafen. Die Frage habe gelautet, wie fahrlässig es sei, an der Stelle ein so großes zusammenhängendes Gebiet – man habe das nur noch einmal in der Form – nicht zu nutzen. Über die einzelnen Schritte könne man sich Gedanken machen. Es habe auch die Begehrlichkeiten der Kommunen gegeben, teilweise der Landwirtschaft, ob man nicht ein Stück von der Senne umpflügen könne. Da wäre ein Nationalpark ein guter Gedanke.

Zum Thema Kiesabbau: Die Frage sei doch, ob es richtig sei, wenn man eine Ressource habe, die irgendwann einmal ende. Wenn er die Löcher sehe, die am Niederrhein seien, die an der Weser gebuddelt worden seien in den Weserschleifen, dann wisse man, in 100 Jahren, wenn man so weitermache, sehe das da ganz anders aus. Da stelle sich die Frage, ob man tatsächlich den Export in die Niederlande, die das etwas restriktiver handelten, bei der Neuausgabe von Flächen mit veranschlage. Das sei doch irrsinnig. Eigentlich bräuchte man an der Stelle eine europäische Rohstoffstrategie, die besage, dass die Belastung, weil die Niederländer es nicht machten, keine Flächen auswiesen, komplett auf den Niederrhein gelegt werde. Er sei nicht bereit, dieses Fehlverhalten der Niederlande auszugleichen und auf Kosten von Natur und Bevölkerung in dieser Region zu handeln. Er finde das falsch. Er würde da restriktiver vorgehen.

Zu den 2.000er-Ortsteilen: Da könne man unterschiedlicher Meinung sein, was sich wie entwickeln solle. Die Gesellschaft verändere sich. Man müsse einmal die Frage stellen, welche Verkehrsanbindungen Ortsteile hätten, wie das funktioniere. Es mache

schon Sinn, dass sich Orte entlang von Bahnstrecken entwickelten. Das sei der richtige Weg.

Zum Thema Flächenverbrauch: Es werde immer darauf hingewiesen, alle wollten wohnen. Da habe man einen Konflikt. Die meiste Fläche werde doch ganz woanders für verbraucht. Jemand, der aus dem Münsterland komme, müsse doch wissen, wofür man Fläche verbraucht, für Gewerbe, ohne Ende. Die Gewerbeflächen seien der Hauptfaktor. Er frage, wer einen zweigeschossigen Baumarkt kennen würde, er kenne einen einzigen. Alle anderen Baumärkte seien schön ebenerdig mit vielen Parkplätzen drum herum. Da würden die Flächen ohne Ende verbraucht. Das werde deshalb verbraucht, weil die Fläche billig sei und weil man Fläche ohne Ende zur Verfügung stelle. Das sei sein Vorwurf. Der glaube, es wäre Aufgabe des LEPs, hier für eine Verknappung des Gutes zu sorgen und die Verbraucher an der Stelle zu zwingen, sorgfältiger mit Boden umzugehen. Das machten sie nicht. Deshalb habe er den Vorwurf gemacht, dass man in den 80er-Jahren hängengeblieben sei. Das sei ärgerlich.

Zur 1.500 m Abstandsregelung: Die Grünen sähen das erst einmal gelassen. Die Experten hätten in der Anhörung bescheinigt, dass das nicht rechtssicher sei, was man an der Stelle mache. Seine Fraktion halte es inhaltlich für falsch. Jetzt werde man gucken, was da passiere. Er glaube, dass man da einen erheblichen Fehler mache.

Der **Ausschuss lehnt** den **Änderungsantrag** der AfD-Fraktion **Drucksache 17/6464** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der AfD-Fraktion **ab**.

Der **Ausschuss stimmt** der **Verordnung Vorlage 17/1831** mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der AfD-Fraktion **zu**.

